

Femme Fiscale
c/o Plattform 20.000 Frauen
Gußhausstr.14/3
1040 Wien

Wien, am 25. Februar 2021

Betreff: Öffentlichen Konsultation zum nationalen Aufbau- und Resilienzplan

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Femme Fiscale, eine breite Vernetzung feministischer Organisationen und Initiativen übermittelt hiermit einen Beitrag zur öffentlichen Konsultation zum nationalen Aufbau- und Resilienzplan.

1. Welchen der sechs Bereiche sollte Österreich unter Berücksichtigung der von der Europäischen Kommission formulierten Leitlinien für Investitionen und Reformen vorrangig berücksichtigen:

Zunächst ist festzuhalten, dass in jedem der genannten sechs **Bereiche nachweislich sicherzustellen** ist, dass die Mittel im Sinne der EU-vertraglichen und rechtlichen Bindungen in Österreich **für Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit verwendet werden**. Das ist keine Forderung von uns, sondern eine **rechtlich gebotene Verpflichtung der Republik Österreich!**

Was Österreich jetzt aus der Krise bringt, sind **massive Investitionen in diejenigen Bereiche der öffentlichen Versorgung**, die von der Corona-Krise am meisten betroffen sind, vor allem **Gesundheit, Bildung, Pflege, Kinderbetreuung/frühkindliche Erziehung, öffentliche Leistungen für Geschlechtergerechtigkeit in der Beschäftigung** und öffentliche Investitionen zur drastischen Reduktion der enorm gestiegenen Belastung im Bereich der unbezahlten Arbeit, die überwiegend von Frauen geschultert werden.

Mindestens 50% der Österreich zur Verfügung stehenden Mittel sind **für die oben genannten Bereiche** zu reservieren, besser noch und wirtschaftspolitisch sinnvoller wäre es natürlich, wenn 100% der Gelder in diese Bereiche fließen. Jedenfalls wir hier nochmals darauf verwiesen, dass Österreich mehrfach rechtlich verpflichtet ist, 100% der Mittel so zu verwenden, dass sie die Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sicherstellen. Das ist, wenn intelligent geplant, selbstverständlich mit den Vorhaben der Europäischen Kommission vereinbar, nachdem mindestens 37% der Ausgaben für Klima und 20% für digitale Investitionen und Reformen zu verwenden sind. Dennoch ist anzumerken, dass es höchst bedenklich ist, dass die Europäische Kommission hier ihre vertraglichen Verpflichtungen und selbstgesteckten Ziele hinsichtlich Gleichstellung von Frauen und Männern missachtet. Es steht der österreichischen Bundesregierung jedoch frei, hier mit dem österreichischen Aufbau- und Resilienzplan vorbildhaft zu wirken. Die Bundesregierung ist dazu mit Artikel 13(3) auch verfassungsrechtlich verpflichtet.

Sie können die oben genannten prioritären Bereiche sicherlich selbst ihrer sechsteiligen Liste zuordnen, als Hilfestellung: es sind Teilbereiche von c, d, e und f umfasst. Allerdings ist dabei dringendst darauf zu achten, dass damit nicht die in der Terminologie der Liste verpackte neoliberale Logik gemeint ist, sondern **eine solidarische und die Versorgung aller sicherstellende Investitionsoffensive in öffentliche und gemeinnützige Leistungen** für ein gutes Leben für alle.

2. Welche der länderspezifischen Empfehlungen, die Österreich in den Jahren 2019 und 2020 erhalten hat, sind die relevantesten und sollten im nationalen Aufbau- und Resilienzplan berücksichtigt werden?

Zunächst sei angemerkt, dass die länderspezifischen Empfehlungen auf eine äußerst intransparente Weise zustande kommen, abseits demokratischer parlamentarischer Prozesse. Und bezeichnend für die EU ist, dass zwar eine hübsche Sprache verwendet wird, aber vielfach dahinter stehende Reformen eine Bedrohung für die öffentliche Versorgung und Qualität öffentlicher Leistungen darstellen. Zu anderen, grundsätzlich sinnvollen Empfehlungen (wie Kinderbetreuung, Lohnschere, Gleichstellung in der Beschäftigung) hat Österreich übrigens seit Jahren keine nur annähernd den Problemen angemessenen Anstrengungen unternommen.

Hier gibt es einige **Anknüpfungspunkte**, insbesondere:

Wenn es ernst genommen wird, „alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die **COVID-19-Pandemie wirksam zu bekämpfen und die Wirtschaft zu stützen**“ wären Investitionen in Care Bereiche wie öffentliche Gesundheits-, Pflege-, Bildungs- und Kinderbetreuungsleistungen effektive Maßnahmen, ebenso wie eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und eine umfassende Mindestsicherung am sinnvollsten, da damit die höchsten Beschäftigungs- und Nachfrageeffekte erzielt werden.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass „**die Wirtschaft**“ **viel mehr umfasst** als nur gewinnorientierte Unternehmen. Der **öffentliche Sektor, die nicht-gewinnorientierte Wirtschaft und die unbezahlte Arbeit sind wesentliche Säulen der Wirtschaft**, ohne die der profitorientierte Sektor in sich zusammenbrechen würde. Diese Wirtschaftsbereiche haben uns durch die Coronakrise gebracht, daher sollte es selbstverständlich sein, dass die Investitionen der Corona-Gelder jetzt in diese Bereiche fließen.

Die Resilienz des Gesundheitssystems zu verbessern heißt einen **Großteil der Gelder für Investitionen in das öffentliche Gesundheitssystem zu verwenden**.

Chancen im Bildungswesen zu verbessern geht nicht ohne eine grundlegende Bildungsreform und ausreichend Investitionen in Bildung, die vor allem den durch das österreichische Bildungssystem eklatant benachteiligten Gruppen gleiche Bildungschancen ermöglicht. Das heißt in einem ersten Schritt eine massive Erhöhung der Unterstützungsleistungen zur Integration, Erhöhung der Sozialarbeit in Schulen und Investitionen in den Ausbau der Ganztageschule damit jedes Kind ein Recht auf einen Ganztageschulplatz hat.

Wiewohl die Tragfähigkeit des Gesundheits- und Langzeitpflegesystems im EU-Sprech auf Leistungskürzungen hinausläuft, sei hier der Bereich **öffentliche Gesundheitsversorgung, einschließlich psychosozialer Leistungen, und Pflege** nochmals als Schwerpunkt für die Verwendung der Felder aus dem Aufbau und Resilienzfonds hervorgehoben. Aber eben mit der Perspektive einer **massiven Erhöhung der Investitionen in öffentliche Leistungen und nicht eine weitere Verschlechterung und Kürzung der öffentlichen Gesundheitsversorgung.**

Österreich liegt bei den Ausgaben für Kinderbetreuung traurig abgeschlagen, sowohl weit unter dem EU- als auch OECD Schnitt und zusätzlich ist dies ein besonders von Corona betroffener Bereich. Daher wird eine **massive Erhöhung der öffentlichen Kinderbetreuungsangebote mit langen Öffnungszeiten und gratis**, vor allem in der frühkindlichen Betreuung, empfohlen.

Wir gehen davon aus, dass die **positiven ökonomischen Effekte der Investitionen in diese Bereiche von Care Leistungen** bekannt sind. Es gibt dazu eine Reihe von Studien, die belegen, dass **diese Investitionen höhere Beschäftigungs- und volkswirtschaftliche Multiplikatoreffekte** haben, als die derzeit vorgesehenen Prioritäten. Daher ist es wirtschaftspolitisch geboten, die Mittel vor allem für Investitionen in Care zu verwenden. Sollten Ihnen diese Studien nicht bekannt sein, helfen wir Ihnen gerne.

Des Weiteren verweisen wir darauf, dass wir schon im Frühsommer 2020 einen Vorschlag für ein wirtschaftspolitisch sinnvolles Corona-Investitionspaket in der Höhe von 12 Mrd. Euro ausgearbeitet haben. Dieses ist online unter <https://20000frauen.at/> bzw. [https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/presse/downloads/Detail - Feministisches Konjunkturpaket FINAL.pdf](https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/presse/downloads/Detail_-_Feministisches_Konjunkturpaket_FINAL.pdf) abrufbar. Hier finden Sie eine Reihe weiterer Anregungen für die sinnvolle Verwendung der Mittel aus dem EU Aufbau- und Resilienzfonds, aber darüber hinaus auch Anregungen für eine wirksame österreichische Wirtschafts- und Budgetpolitik um aus der Coronakrise rasch und erfolgreich herauszukommen.

Nochmals sei betont, dass **die hier vorgeschlagenen Investitionen bessere und zugleich klimafreundliche Wirtschaftspolitik sind**, sie schaffen die dringend nötigen Arbeitsplätze und bringen die nötigen wirtschaftlichen Impulse.

Mit besten Grüßen



Elisabeth Klatzer

Femme Fiscale

**Vernetzung zu geschlechtergerechter
Budget- und Wirtschaftspolitik**